

Transformation versus Kapitalismus – die richtige Fragestellung?

[Rainer Bartel, JKU Linz](#)

Track #5

(Track #10)

Abstract

Unter Kapitalismus wird hier Privateigentum an Produktionsmitteln verstanden (einschließlich Wohneigentum, wo die privaten Konsumhaushalte als Investor:innen klassifiziert werden). Kapitalismus ist freilich vor dem Hintergrund einer Wirtschaft zu beurteilen:

Erstens, die Wirtschaftssysteme sind zunehmend geprägt von Unsicherheiten betreffend die Entwicklung in den Rahmenbedingungen und sowohl deren direkte Auswirkungen auf Unternehmen und Privathaushalte als auch deren (indirekte) Rückwirkungen auf Haushalte bzw. Unternehmen. Das Wirtschaften und die Politik sind beide Handlungen in die Zukunft hinein und verlangen brauchbare Information über die Zukunft. Prognosen sind keine Prophetien, sondern Fortschreibungen der Vergangenheit in Szenarien in die Zukunft hinein; dabei bestimmen sowohl die Annahmen über die künftigen Rahmenbedingungen als auch die Erkenntnisse aus der Vergangenheit über die Wirkungsweisen der Rahmenbedingungen diese Szenarien und deren Prognoseresultate. Was in der Gegenwart – auf Basis der Vergangenheitserfahrungen – über die Zukunft vorstellbar ist, erweitert den Denk- und Möglichkeitsraum für unternehmerische wie für haushaltswirtschaftliche Investitionen i. w. S. (Maschinen, Know-how, Fort- und Weiter-/Bildung) sowie für Politikprogramme.

Zweitens, wesentlich zugenommen haben die Diversität der Güter (Diversifizierung von Waren *und* Diensten aufgrund partieller Sättigungserscheinungen, d. h. verteilungsbedingt) – also eine Vielfältigkeit, was Verwendungszwecke, Qualitäten, Marken und Qualitätssiegel betrifft (zuverlässige Informationen?) – sowie, nicht zuletzt infolgedessen, die Variabilität, ja Flatterhaftigkeit und Kurzlebigkeit der Nachfrage. Komplexität und Erwartungsunsicherheit sind langfristig merklich gestiegen.

In Anbetracht solcher Umstände ist es kaum vorstellbar, die Entscheidungen über die Investitionen i. w. S. weg von den Privaten und hin zu zentralen, kollektiven Planungsinstanzen zu verlagern; das würde die Zentralinstanz überfordern und – motivationsbedingt – die ökonomische Effizienz schwächen. Übrigens: der Kapitalismus bliebe, weil keinerlei Art von Kapital deshalb verschwände. Es wäre daher nichts anderes, als vom Privatkapitalismus zu einem Kollektiv- oder Staatskapitalismus überzugehen. Die Begründungen für die wirtschaftliche Verschlechterung liegen primär in der Frage der Verantwortlichkeit für die Entscheidungen und folglich des ökonomischen Tragens der Entscheidungsfolgen: Eine Zentralinstanz, welche die individuellen Entscheidungen vorgibt, will und kann die Destinatari:innen ihrer Entscheidungen und zugleich Träger:innen der Entscheidungsfolgen kaum für unweigerlich suboptimale Entscheidungsergebnisse (sind sie die Zweitbestlösung?), entschädigen. Die Folge davon ist die Anreizproblematik, welche die ökonomische Ineffizienz noch wesentlich vergrößert. Darüber hinaus würde die hierzulande ohnedies schon als Abstimmungsdemokratie bezeichnete staatliche Entscheidungsfindung sich weiter in Richtung einer illiberalen Demokratie bewegen. Denn die zunehmende Unzufriedenheit über erzwungene Unfreiheit in wirtschaftlichen Entscheidungsbelangen und zudem über die verschlechterten Wirtschaftsergebnisse, wie das aus zentralen Planwirtschaften historisch bekannt ist, sowie das dominante Bestreben von Regierungen, an der

Macht zu bleiben, wie aus der *Public Choice Theory* bekannt, würden entweder eine Revolte oder weitere staatliche Freiheitseinschränkungen nach sich ziehen.

Zugegeben, wir schreiben seit Adam Smith sehr viel über den dezentralen Markt, der von Individualentscheidungen lebt, aber ganz verstehen wir ihn letztlich wohl doch nicht. Selbst wenn die Marktteilnehmer:innen auf der Basis von Reaktionen auf als unbefriedigend empfundene Situationen agieren statt auf dem Wissen über das Gleichgewicht, darf die vergleichsweise Leistungsfähigkeit des Marktes nicht übersehen oder geringgeschätzt werden: nämlich das immense Güterangebot in weiter entwickelten Wirtschaften.

Freilich darf auch nicht übersehen werden, dass es sowohl ein Informationsgefälle zugunsten der Unternehmen gibt, das Manipulation und Übervorteilung ermöglicht, als auch (in Teilen) eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, sich als Konsument:in der Nachfrage aus Gründen des Protests und zur Entwicklung von Gegenmacht zu enthalten, weil eben so manche Güter regelmäßig lebensnotwendig sind oder Gegenmaßnahmen Transaktionskosten mit sich bringen, die oft prohibitiv wirken (auch wenn sie im Schnitt nicht sehr hoch sein mögen).

Doch andererseits sind die Alternativen eine Planwirtschaft (als Dystopie) oder eine Schenkwirtschaft (als Utopie). Letztere würde gleichsam eine Rückkehr zur Güterwirtschaft, d.h. ohne Geld als Transaktionsmittel, bedeuten und dementsprechend ungekannt hohe Verluste an Tausch- und Produktionsmöglichkeiten bewirken; ein Angebots- und zugleich ein Nachfrageproblem entstünde (ähnlich, wie wir das aus der Corona-Wirtschaftskrise kennen), deren Wirkungen aber die Nachteile der durch Corona und Corona-Schutzmaßnahmen beeinträchtigten Liefer- und also Wertschöpfungsketten – wegen der Allumfassendheit einer Schenkwirtschaft – bei weitem übertreffen würden. Zudem würde das Hauptgewicht der Bemühungen auf der Nachfrage liegen, nicht auf der Produktion; die Nachfrage wäre weniger effizient, weil die Inputs in die Produktion gratis wären, und das Angebot wäre weniger nachfrageorientiert, weil es eher aus Liebhaberei der Produktion denn als Wettbewerb um Nachfrage und Gewinn bestünde. Ein ähnlicher Effizienzverlust droht übrigens, indem als Reaktion auf die Corona-Wirtschaftskrise einer Renationalisierung der Produktion (Autarkie) das Wort geredet wird, zumal dadurch die produktivitätssteigernden Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung eingeschränkt würden. Außerdem würde das immer wieder propagierte internationale Nullwachstum (Schrumpfung der reichen und mehr Wachstum der armen Wirtschaften) sowohl nachfrage- als auch angebotsbedingt in eine ähnliche Krise führen.

Die Frage „Transformation versus Kapitalismus“ ist somit nicht zweckdienlich. Ein besserer Mechanismus (i.S.v. selbstlaufendem System) zur Allokation der Ressourcen und Distribution der Güter muss erst erfunden und als realistische Alternative überzeugend propagiert werden.

Gleichwohl sind alle sachlich-kritischen Einwände gegen das marktwirtschaftliche System ernst zu nehmen (nicht gegen den Kapitalismus, wie er hier verstanden wird, denn Kapital und die entscheidende Rolle von Kapital i.w.S. können ja nicht überkommen werden). Dabei hat es in der Debatte zuallererst um die Nachhaltigkeit unseres Wirtschafts-, Natur- und Gesellschaftssystems, um unsere Lebensgrundlagen, um das „gute Leben“ für alle, zu gehen – und das muss auch in den praktischen Agenden endlich wirksam werden.

Nachhaltigkeit bedarf hinreichender Bedingungen: Die ökonomische Nachhaltigkeit bedarf Bedingungen für Angebot *und* Nachfrage – und somit auch einer zweckmäßigen Lösung der Verteilungsfrage; die ökologische Nachhaltigkeit heischt nicht nur nach effektiven, sondern (wohlstandsorientiert) auch nach ökonomisch effizienten Regelungen; und die soziale Nachhaltigkeit erfordert die allgemeine Akzeptanz – den sozialen Grundkonsens für gemeinsames Handeln –, um als allgemeine, globale Verhaltensnorm wirksam werden zu können (das „Freifahren“ müsste sozial geächtet werden).

Je kritischer die Lage wird, desto größer werden immerhin der Anpassungsdruck und schließlich wohl auch die tatsächliche Anpassungsbereitschaft. Hierbei ist jener aufgeklärte (nicht populistische) Pragmatismus gefragt, der das System entschlossen retten will (und den wir nicht zuletzt von Adam Smith und John Maynard Keynes kennen).

Effektivität wird das Überleben sichern müssen; Effizienz soll den Wohlstand maximieren; die Einhaltung der neuen, gemeinwohlorientierten Regeln in der Marktwirtschaft, v.a. zur Umwelterhaltung und zum sozialen Ausgleich, sollen ein „gutes Leben“ für schließlich alle erreichen.

Hinreichend breite soziale Akzeptanz der neuen Normen – auch jener der liberalen Demokratie – kann sich nur in einem Wettbewerb der Ideen durchsetzen, in dem Sachlichkeit, Ergebnisoffenheit, und Kommunizierbarkeit prägend sind. Transparenz der Ziele, Verfahren und Ergebnisse und eine Aufwertung der Entscheidungsfindung durch die Wissenschaft fördern dies.

Das Wie des tradierten Systems dürfte also die richtige Fragestellung sein, und nicht die Frage nach der Systemalternative.